



„Wir müssen die Arbeit der demokratischen Opposition in Deutschland übernehmen, denn eine solche haben wir faktisch nicht. Sachlich, aber pointiert müssen wir in aller Klarheit zeigen, dass wir frei von ideologischen Zwängen für Aufklärung darüber sorgen, warum die Eurokrise sich immer weiter zuspitzt, die Asylpraxis entgleist und die Bundesregierung auch die weiteren wichtigen politischen Themen rund um Familie, Energieversorgung, Mittelstand und Steuerreform einfach nicht in den Griff bekommt.“

Dr. Frauke Petry
Chemikerin und Unternehmerin,
Bundessprecherin der AfD
sowie Vorsitzende des Landesverbandes
Sachsen und Fraktionsvorsitzende,
verheiratet, vier Kinder



Prof. Dr. Jörg Meuthen
Bundessprecher der AfD und
Landessprecher der AfD Baden-Württemberg,
Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre und
Finanzwissenschaft, verheiratet, fünf Kinder

„Wir brauchen endlich Volksvertreter im Deutschen Bundestag, die den Mut haben, Schaden von den deutschen Steuerzahlern und Rentnern abzuwenden. Es gibt keinen einzigen vernünftigen Grund mehr, für immer neue ‚Hilfspakete‘ zur Rettung des Euros zu stimmen.“



Beim Bundesparteitag im Juli 2015 in Essen wurde der AfD-Bundesvorstand neu gewählt.

Trotz der großen Wahlerfolge sind wir auf das Engagement Freiwilliger und finanzielle Zuwendungen von unseren Unterstützern angewiesen. Anders als die Alt-Parteien wollen wir weder von Großspendern und Lobbyisten noch allein von staatlichen Geldern abhängig sein.

**Jede Zuwendung hilft!
Wir freuen uns über Ihre Spende:**

Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine spätere Spendenquittung angeben.

Spendenkonto:
Alternative für Deutschland
Sparkasse Mecklenburg-Schwerin
IBAN: DE13 1405 2000 1713 8222 17

**Alternative für Deutschland
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern**
Mecklenburgstr. 32 a, 19053 Schwerin
Tel.: 0385 48592860
E-Mail: info@afd-mv.de

Sie haben kein Vertrauen mehr in die Politik der Alt-Parteien?
Dann unterstützen Sie uns!
Werden Sie Mitglied, Förderer oder Spender! Mehr auf:
www.alternativefuer.de

HERBSTOFFENSIVE 2015

Alternative für Deutschland

www.afd-mv.de

V.i.S.d.P. Alternative für Deutschland · Pressesprecher: Christian Lüh · Schillstr. 9 · 10785 Berlin | 09.2015 · Fotos: faolia

HERBSTOFFENSIVE 2015

Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen.

Asylchaos & Eurokrise stoppen!



Alternative für Deutschland

alternatiefuer.de

Alternative für Deutschland

Deutschland braucht mutige Bürger, keine weltfremden Berufspolitiker

Flüchtlingschaos, Eurokrise, Einbruchrekorde, Energiewendekosten oder die verfehlte Familienpolitik und der Genderirrsinn: Unser Land steht vor großen Problemen, doch unsere führenden Parteien reden den Zustand Deutschlands eher schön und haben für keine dieser Herausforderungen ein schlüssiges Konzept. Die Alt-Parteien verhindern seit Jahren eine offene Debatte über jene Themen, die den Bürgern Sorgen bereiten. Sie stolpern der Entwicklung konzeptlos hinterher. Die Alternative für Deutschland überwindet das Meinungskartell. Wir reden nicht den Mächtigen nach dem Mund, sondern setzen uns für die Interessen der Bevölkerung ein. Dabei haben wir bereits einige Erfolge zu verzeichnen. Die AfD wirkt. Längst haben die Alt-Parteien Forderungen der AfD übernommen, die sie vor kurzem noch verteufelt haben. Aber noch immer hängen die Etablierten zu sehr an veralteten Strukturen. Sie haben anders als die AfD weder den Mut zur Wahrheit noch sind sie bereit für klare Worte. Zur AfD finden immer mehr Frauen und Männer, die dies nicht länger hinnehmen wollen. Bürger, denen es nicht um Posten und Privile-

gien geht, sondern um unser Land. In diesem Herbst werden wir die Alt-Parteien nicht zur Ruhe kommen lassen. Denn die Zeit drängt. Unterstützen Sie unsere Herbstoffensive 2015. Machen Sie bei uns mit!

Unsere großen Wahlerfolge in den letzten beiden Jahren zeigen: Die AfD ist eine neue Art von Partei. Bei uns finden sich Bürger, die

Wenn alle einer Meinung sind, braucht es eine zweite!

aus unterschiedlichen politischen Richtungen kommen, aber auch Menschen, die aus Enttäuschung über die Alt-Parteien zu Nichtwählern geworden sind. Wir sind nicht rechts und nicht links, sondern orientieren uns an der Vernunft statt an Ideologien. Wir

kommen aus der Mitte der Gesellschaft und fühlen uns dem gesunden Menschenverstand verpflichtet.

Bei uns finden sich Menschen mit Berufs- und Lebenserfahrung, keine weltfremden Berufspolitiker, die nach dem Motto Kreißsaal-Hörsaal-Plenarsaal ihr gesamtes politisches Leben aufgebaut haben. Wir sind Bürger mit Mut, die offen für ihre Meinung eintreten, auch wenn sie damit bei den Alt-Parteien anecken. Wir sind überzeugt, dass Demokratie mehr sein muss als das Recht, alle paar Jahre einmal wählen zu dürfen.

Auf den Punkt gebracht: Bereit für klare Worte.

In ernster Sorge vor politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Deutschland und in der Europäischen Union haben wir die Partei "Alternative für Deutschland" gegründet. Die europäische Schulden- und Währungs Krise hat viele Menschen davon überzeugt, dass die Altparteien zu einer nachhaltigen, transparenten, bürgernahen, rechtsstaatlichen und demokratischen Politik nicht imstande oder nicht willens sind.

Wir formulieren Alternativen zu einer angeblich alternativlosen Politik. Dabei bejahen wir uneingeschränkt die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und die im Grundgesetz und in den Römischen Verträgen angelegte friedliche Einigung Europas.

Für eine Asyl- und Einwanderungspolitik entsprechend den deutschen Interessen

Wirklich politisch Verfolgte haben einen Anspruch auf unseren Schutz. Aber wer nicht als politisch Verfolgter anerkannt wird, muss unser Land auch wieder verlassen.

Flüchtlinge aus Bürgerkriegsregionen müssen Hilfe erhalten, aber am besten heimatnah in ihrer jeweiligen Region. Da die EU nicht in der Lage ist, an den Außengrenzen der Europäischen Union den Zugang von illegalen Zuwanderern zu kontrollieren, sind zusätzliche nationale Grenzkontrollen erforderlich. Auch über eine Modifizierung des Asylrechts im Grundgesetz muss nachgedacht werden, da die Gründungsväter unserer Republik nicht den millionenfachen Zuzug von Flüchtlingen im Sinn hatten.



Foto: flickr.com / Manolo Gómez (CC)

Wer als Einwanderer zu uns kommt, muss bereit sein zu arbeiten, zu lernen, Steuern zu zahlen oder zu investieren. Anderswo, etwa in Kanada oder Australien, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Einwanderer auch Pflichten haben. Die Regierungen regeln dort die Einwanderung entsprechend den nationalen Interessen. Auch wir erwarten, dass Einwanderer zum Wohlstand unseres Landes beitragen. Dazu müssen sie sich an Recht und Ordnung halten, für eine vernünftige Erziehung ihrer Kinder sorgen und die deutsche Sprache erlernen. **Die Bundesregierung muss verbindlich festlegen, wer unter welchen Bedingungen zuwandern darf.**



Solide Währung statt Euro-Desaster

Der Euro ist gescheitert, auch wenn das die Alt-Parteien immer noch nicht zugeben wollen. Die endlosen Beratungen und die immer wieder gebrochenen Versprechungen von Nehmerländern sind erst der Anfang. Die Praxis hat bewiesen: Der Euro taugt leider nicht als Einheitswährung vom Balkan bis zum Nordatlantik, da die wirtschaftliche Leistungskraft in der Währungsunion viel zu unterschiedlich ist. Eine Einheitswährung, die dies alles ignoriert, muss Zwietracht säen und die Abneigung gegen Deutschland schüren. Entgegen den Vereinbarungen in den europäischen Verträgen müssen die deutschen Steuerzahler und Sparrer für die Schuldenwirtschaft anderer Länder und für die Spekulationen von Banken geradestehen, ohne dass sie je nach ihrer Meinung gefragt worden sind. Wir fordern deshalb: Entweder steigen instabile Krisenländer endlich aus dem Euro aus oder Deutschland verabschiedet sich vom Euro und kehrt zur soliden D-Mark zurück.

„Grexit oder Dexit“ – dafür steht die AfD. Anders als viele unserer Nachbarn dürfen wir Deutschen weder über die eigene Währung abstimmen noch über die milliardenschweren „Rettungspakete“ für Krisenländer oder den Beitritt weiterer Länder zur Europäischen Union. Stets bestimmen wenige Politiker und Bürokraten in Berlin und Brüssel über die Köpfe der Bürger hinweg. Da macht die AfD nicht mit. Wir verlangen endlich mehr direkte Mitsprache der Bürger. Als erstes fordern wir eine Volksabstimmung über die „Rettungspolitik“ der Bundesregierung.



Kriminelle bekämpfen, Bürger wirksam schützen

Von immer mehr Wohnungseinbrüchen bis zum zigtausendfachen Fahrraddiebstahl, von gewaltbereiten Jugendbanden bis zur Verwahrlosung von Straßen und ganzen Stadtteilen: **Viele Menschen haben mittlerweile Angst um ihre Familien und um ihr hart erarbeitetes Eigentum.** Deutschland ist längst nicht mehr sicher.

Die Politik spart seit Jahren an der Polizei. Deshalb werden Straftäter nur selten ergriffen und können ohne großes Risiko agieren. Die Justiz nimmt unter dem Einfluss weltfremder rot-grüner Ideologen oft zu sehr Rücksicht auf die Befindlichkeiten von Straftätern – egal ob es sich um Deutsche oder Ausländer handelt. Für die AfD ist dagegen Opferchutz wichtiger als Täterschutz.

Wir brauchen ausreichend Polizisten und zügige Verfahren, um wirksam gegen Straftäter vorgehen zu können. Wir fordern ehrliche und ungeschönte Statistiken über die Zahl der Straftaten und die Herkunft der Straftäter, damit wir über Lösungen offen debattieren können. Politische Korrektheit darf nicht länger Deckmantel für kriminelle Machenschaften sein.



Für Familien mit Kindern – gegen die irrwitzige Genderpolitik

Die AfD bekennt sich zur klassischen Familie: Vater, Mutter und Kinder. Sie muss angesichts der erschreckenden Bevölkerungsentwicklung in unserem Land zum Mittelpunkt der Politik werden. Gute Familienpolitik ist eine Investition für alle.

Wir respektieren unterschiedliche Formen des Zusammenlebens, aber wer Kinder hat, trägt besonders zur Zukunft unseres Landes bei. Bei den Steuern und bei den Sozialabgaben müssen die Leistungen von Familien mit Kindern, aber auch von Alleinerziehenden für die Gemeinschaft stärker berücksichtigt werden.

Es darf nicht sein, dass wer Kinder aufzieht und dafür die Kosten trägt, bei der Rente kaum anders behandelt wird, als derjenige, der keine Verantwortung für eigenen Nachwuchs übernommen hat. Frauen müssen eine echte Wahlmöglichkeit zwischen Beruf und Kindererziehung haben, ohne ihre Karrierechancen zu verlieren oder bei der Rente billig abgespeist zu werden.

Eine frühkindliche Sexualerziehung in Schulen entsprechend einer irgeleiteten Genderideologie, die Unterschiede zwischen Mann und Frau leugnet, lehnen wir ab.



Soziale Marktwirtschaft muss wieder Wohlstand für alle sicherstellen

Die AfD steht für Freiheit und Wettbewerb, aber auch für den Schutz von Familien, von Älteren und Kranken.

Soziale Gerechtigkeit heißt für uns, dass derjenige, der viele Jahre und Jahrzehnte in die sozialen Sicherungssysteme einzahlt und seine Steuern ordnungsgemäß entrichtet, vorrangig Anspruch auf staatliche Leistungen hat.

Wir wollen eine Steuerentlastung für Handwerker, Gewerbetreibende und Arbeitnehmer, damit sich Leistung, Fleiß und Sparsamkeit wieder lohnen. Wir setzen auf den Mittelstand, wenn es um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft und neue Arbeitsplätze geht. Verantwortungsbewusste Unternehmer brauchen überhaupt keine überbordenden EU-Regulierungen, sondern solide Rahmenbedingungen, Unterstützung bei Zukunftsinvestitionen und Entlastung von wuchernder Bürokratie. Sie brauchen überhaupt nicht die permanente Steuerabzocke durch die Alt-Parteien. Damit die Soziale Marktwirtschaft wieder Wohlstand für alle schaffen kann und Geringverdiener nicht auf der Strecke bleiben.

Foto: flickr.com / Carsten Frenzel (CC)



Auch grüne Energie muss bezahlbar bleiben

Die Alt-Parteien haben den Bürgern eine viel zu teure und überhastete „Energiewende“ eingebracht, die einige wenige grüne Lobbyisten immer reicher, aber die Bürger ärmer macht. Immer neue Windanlagen verschandeln die Landschaft und unterhöhlen den Schutz von Natur und Tieren. Der Staat soll Forschung und Entwicklung von modernen, umweltfreundlichen Technologien fördern, damit wir weniger von Öl, Gas und Kohle abhängig sind. Die Energieversorgung muss sicher sein. Deshalb sagt die AfD: **Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) muss abgeschafft werden.**



Ja, ich will!

Ja, ich habe Interesse an einer Mitgliedschaft in der Alternative für Deutschland.

Bitte senden Sie mir unverbindlich Informationsmaterial und die Unterlagen zur Aufnahme an folgende Adresse.

Name, Vorname

Anschrift

PLZ, Ort

E-Mail

Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben.



Demokratie lebt vom offenen Wort

Wir fordern die Offenlegung und die kritische Überprüfung aller Privilegien von Politikern und Bürokraten. Zwangsbeiträge wie die **GEZ-Gebühren müssen abgeschafft werden.** Sie passen nicht mehr in die moderne Medienvielfalt und dienen vor allem dem Machterhalt der Alt-Parteien. Vor allem aber steht die AfD für das offene Wort. Das Grundgesetz garantiert Meinungsfreiheit. Aber die Alt-Parteien wollen nur Meinungen zulassen, die ihnen genehm sind. Doch **Demokratie lebt vom Widerspruch und vom friedlichen Streit der Meinungen.**

Bitte
ausreichend
frankieren

Antwort

Alternative für Deutschland
Schillstr. 9

10785 Berlin